

Jugend und gewerkschaftliche Jugendarbeit

Hanns Brauser, geboren 1947, Ausbildung bei der Stadtverwaltung Frankfurt/Main, Dozent am Verwaltungsseminar, Jugendvertreter, Besuch der Akademie der Arbeit, seit 1975 in der Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand, seit 1980 Bundesjugendsekretär.

Lage und Bewußtsein von Jugendlichen

Die krisenhafte ökonomische Entwicklung und die daraus resultierenden politischen Rahmenbedingungen haben dazu geführt, daß die Lage der Jugendlichen sich seit Anfang der 70er Jahre erheblich verschlechtert hat. Der neuerliche Konjunkturerinbruch zeigt wiederum, daß Jugendliche - neben älteren und gesundheitlich angeschlagenen Menschen - zuallererst von Arbeitslosigkeit und damit von gesellschaftlicher Diskriminierung bedroht sind. Schwierigkeiten bei der Suche eines Ausbildungsplatzes und bei der Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis sowie berufliche Fehlqualifizierungen sind heute für eine erhebliche Zahl von Jugendlichen von zentraler Bedeutung und beeinflussen entscheidend ihre Verhaltensweisen. Die Zahl der hiervon betroffenen Jugendlichen ist um ein Vielfaches höher als die Aussagen der offiziellen Statistiken. Selbst diese sind nicht mehr in der Lage, das quantitative Problem gering erscheinen zu lassen.

- Über 103 000 Jugendliche waren Ende Februar 1981 als Arbeitslose registriert;
- 115 000 Jugendliche erhielten 1980 keine qualifizierte Ausbildung (Berufsbildungsbericht 1981);
- 70 000 Jugendliche befinden sich zur Zeit in Berufsvorbereitungsmaßnahmen (Berufsbildungsbericht 1981).

Diese aktuellen Zahlen, und sie sind bestimmt nicht zu hoch angegeben, beschreiben nur einen Aspekt der Lage der Jugendlichen. Sie alleine allerdings entlarven die Aussagen von Politikern und Arbeitgebern als blanken Hohn, daß

- „jeder, der will, Arbeit oder Ausbildung erhält“;
- „es Jugendarbeitslosigkeit so gut wie nicht gibt“;
- „man doch mit der aktuellen Situation recht zufrieden sein kann, da es den anderen - Nachbarn - ja noch schlechtergeht“.

In der Gesellschaft insgesamt und innerhalb der Jugend im besonderen werden die Risse und Spaltungen immer tiefer. Auch und gerade für den größten Teil der Jugend, die Arbeiterjugend, hat dies Auswirkungen. Stadt-Land-Gegensätze vertiefen sich. Es gibt Spaltungen in Ausländer und Deutsche, Auszubildende und Ungelernte, arbeitende und arbeitslose Jugendliche.

Die gesellschaftliche Umwelt, die konkreten Lebensbedingungen werden von der Jugend oft als perspektivlos, teilweise sogar als feindlich erlebt: Erheblich gestiegenen Anforderungen in Schule und Ausbildung steht eine ungesicherte Zukunft gegenüber. Jugendarbeitslosigkeit, der Mangel an qualifizierten Ausbildungsplätzen, akute Wohnungsnot, fehlende Jugend- und Freizeiteinrichtungen, eingeschränkte eigenständige Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten lassen Jugendliche auf das „Wohlwollen“ der Erwachsenen angewiesen sein. Anhäufung von Vernichtungspotentialen und die wachsende Gefahr einer endgültigen letzten militärischen Auseinandersetzung schaffen Angst und Resignation.

Die Jugend wird von entscheidenden Teilen der Gesellschaft pauschal verurteilt, ihre Leistungsbereitschaft wird bezweifelt und ihr wird übertriebenes Anspruchsdenken unterstellt. Mittlerweile erscheint die Jugend in einschlägigen Untersuchungen als besondere Problemgruppe. Wie aber die meisten Medien, Öffentlichkeit und Politiker auf die aktuelle Unruhe unter einem Teil der Jugendlichen in Großstädten reagieren, ist bezeichnend. Die Einordnung dieses neuen Jugendprotestes in die Terrorszene und der Ruf nach Verschärfung des Demonstrationsrechtes sind keine Antwort auf die Forderungen dieser Jugendlichen. Es hat Auswirkungen auf das Bewußtsein der Jugend, wenn erst nach Krawallen Politiker sich mit längst bekannten Problemen etwas intensiver beschäftigen.

Viele Jugendliche - und es sind die bewußten und aktiven - fragen mit bestechender Konsequenz, was mit „normalem“ Engagement z. B. in politischen Parteien überhaupt noch zu bewegen ist. Noch mehr Versprechungen der Politiker oder kosmetische Reparaturen wie der Ausbau von kompensatorischen Maßnahmen allein reichen hier längst nicht. Oft arrogant und unehrlich wirkende Angebote - „wir können ja mal über Eure Probleme reden“ - provozieren nur.

Es ist längst nicht so, als gäbe es keine Antworten auf die brennenden Fragen Jugendlicher. Einige Gebiete, auf denen die Lage der Jugendlichen verbessert werden kann, können konkret benannt werden:

- eine gesetzliche Umlagefinanzierung für alle Betriebe zur Schaffung von genügend qualifizierten Ausbildungsplätzen;
- eine wirkliche Reform des Jugendhilferechtes;
- Sozialbindung von Eigentum, Jugendzentren und kommerziellen Freizeiteinrichtungen im kommunalen Bereich;

- und nicht zuletzt eine Friedenserziehung in den Schulen sowie erkennbare, für Jugendliche verständliche Ansätze, den Wahnsinn der weltweiten Aufrüstung zu verlangsamen, zu stoppen und mit konkreter Abrüstung zu beginnen.

Jugend als besondere Phase

Jugendliche befinden sich in einer Lebensphase, die geprägt ist von der Suche nach einer eigenen Identität, nach der Bestimmung des eigenen Verhältnisses zur Umwelt. Diese durch Unsicherheit geprägte Phase verlangt nach ständigem Experimentieren, verlangt danach, auszuprobieren was geht und was man selbst - und zuerst einmal nicht die anderen - für richtig hält. Jugendliche brauchen die Möglichkeiten, unterschiedliche Erfahrungen zu machen und Positionen kennenzulernen, und sie müssen die Chance haben, diese in solidarischer Atmosphäre reflektieren zu können. Dies heißt nicht, den Jugendlichen eine unverbindliche „Spielwiese“ zuzuweisen. Sie müssen ernstgenommen werden. Sie haben das gleiche Recht wie Erwachsene, ihre Bedürfnisse und Interessen zu artikulieren und zu vertreten. Viele Erwachsene können dies nicht mehr und wundern sich, wenn Jugendliche dieses Recht - oft auch mit sehr viel Engagement und Aggressivität - in Anspruch nehmen.

Gerade für Gewerkschaften ist es aber von grundlegender Bedeutung, daß dieses aggressive Engagement, der Wille zur Veränderung, den die Jugendlichen einbringen, gefördert wird, auch wenn es vielfach unbequem ist. Ziel muß es sein, daß dieses Engagement nicht mit Abschluß der Phase des Jugendlichseins beendet ist.

Bedingungen hierfür ergeben sich nicht von selbst. Sie müssen geschaffen werden und gewollt sein; konkret heißt das für die Gewerkschaftsjugend, Jugendgruppen, eigene Jugendräume und eigenständige Gestaltungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten zu schaffen, wo immer es möglich ist.

Krise und Gewerkschaftsjugend

In den letzten Jahren war es nicht mehr möglich, gewerkschaftliche Erfolge unter vergleichbaren - verhältnismäßig günstigen - Bedingungen wie zu Zeiten der ökonomischen Prosperität zu erreichen. Die Strategien gewerkschaftlicher Politik der 60er Jahre beantworten nach einem halben Jahrzehnt tiefer ökonomischer Krisen nicht mehr die aufgeworfenen Fragen der letzten Jahre und der absehbaren Entwicklung des nächsten Jahrzehnts. Hohe Dauerarbeitslosigkeit mit steigender Tendenz, massive Angriffe der Arbeitgeber auf das von den Gewerkschaften Erkämpfte, Rationalisierungsstrategien öffentlicher und privater Arbeitgeber verbunden mit politischen Diffamierungskampagnen gegen die Gewerkschaften und ein politisches Klima, in dem Reformen nur noch Worthülsen sind, intensivieren die

Diskussion über Zielsetzung gewerkschaftlicher Politik und zwangsläufig auch die innergewerkschaftlichen Konflikte.

Auseinandersetzungen in der Gewerkschaftsjugend waren und sind ein Bestandteil der allgemeinen gewerkschaftspolitischen Diskussion. Jugendarbeitslosigkeit, Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, Jugendbildungsarbeit sowie Kultur- und Freizeitarbeit sind die zentralen Themen. Darüber hinaus wurde und wird auch durch die Nähe zur sich außerhalb der Gewerkschaften entwickelnden Jugendbewegung gerade in der Gewerkschaftsjugend immer wieder brisanter Diskussionsstoff aufgeworfen. Dazu gehören Themen wie die Geschichte der Arbeiterbewegung, Kernenergie, alternative Lebensformen und Aufrüstung.

Die betrieblichen Auswirkungen der Krise stellen die Gewerkschaftsjugend als Interessenvertretung der arbeitenden Jugend vor große Probleme. Ging es bis Mitte der 70er Jahre noch vorwiegend darum, die betriebliche Durchsetzung bestimmter Gesetze zu erzwingen, die Qualität der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in einer Zeit des Mangels an Auszubildenden zu verbessern und - in einem gesellschaftlichen Reformklima - an der Formulierung neuer Gesetze mitzuwirken, so steht die gewerkschaftliche Jugendarbeit heute bei der Lösung von zentralen Problemen wie dem der Jugendarbeitslosigkeit mit dem Rücken an der Wand. Einmal wirkt sich Jugendarbeitslosigkeit in nahezu jedem Arbeitsfeld der Gewerkschaftsjugend aus, zum anderen verweisen Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit und Lösungsmöglichkeiten deutlich auf den Zusammenhang zur allgemeinen Arbeitslosigkeit und damit auf die Politik der Gesamtorganisation.

Die Zahlen von jugendlichen Mitgliedern entwickeln sich trotz oder gerade wegen der Krise positiv. Aber auch diese Steigerung löst nicht das keineswegs neue Problem, das sich zwischen der Zahl der Aktiven und den Mitgliedern eine große Kluft auftut. Der überwiegende Teil der jugendlichen Mitglieder ist nicht in die direkte gewerkschaftliche Jugendarbeit einbezogen. Oft fehlt es an Strukturen (Jugendgruppen) oder Möglichkeiten (Jugendräume) oder aber, die vorliegende Arbeit spricht nicht an. Dieses, die Aktivierung von möglichst vielen Jugendlichen, ist eines der zentralen Probleme, die in der nächsten Zeit angegangen werden müssen. Gelingt dies nicht in größerem Ausmaße als zur Zeit, so können sich bei zuspitzenden Krisenbedingungen eine Reihe von Problemen für die gewerkschaftliche Jugendarbeit verschärfen:

- Die konkrete betriebliche Arbeit führt in den Fällen, wo sie nur auf wenigen Schultern ruht, oft zu einer Überforderung der Kolleginnen und Kollegen. Dies gilt auch bei zu geringen Personalkapazitäten für überbetriebliche Aktionen. Der „Erfolg“ bleibt aus. Resignation der wenigen Aktiven ist eine mögliche Konsequenz.
- Die notwendige Orientierung auf betriebliche Arbeit steht unter ungeheuren praktischen Durchsetzungsproblemen. Allein Versammlungen abzuhalten,

Beschlüsse und Forderungen zu formulieren, ohne daß dies nicht in praktische Politik und konkrete Aktionen einfließt, reicht nicht aus.

- Kolleginnen und Kollegen, die unter ständigem Termindruck stehen, können nur noch unzureichend auf die z. T. sehr unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen eingehen.
- Der „normale“ Jugendliche mit seinen vielschichtigen Einstellungen, seinen Bedürfnissen nach Schutz und Geborgenheit in einer Gruppe Gleichaltriger, findet sich nicht wieder und beteiligt sich nicht an der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Er hält sie für zu trocken und für ihn selbst mit zuviel Nachteilen verbunden.

Zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit

Die Gewerkschaftsjugend vertritt - als Bestandteil des DGB und seiner Gewerkschaften - die Interessen der arbeitenden Jugend gegenüber Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Dieser sehr weitgehende Auftrag ist nur mit der vollen Unterstützung der Gesamtorganisation zu leisten. Die Palette der Aufgaben der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, zu deren umfassender Beschreibung hier kein Platz gegeben ist, ist zu ergänzen mit der doppelten Aufgabe, Interessenvermittler der arbeitenden Jugend in den Gewerkschaften zu sein und gleichzeitig die arbeitende Jugend für die Ziele und die Inhalte der Gewerkschaften zu gewinnen. Das bedeutet, Jugendlichen auch Hilfestellungen bei der Verarbeitung und gedanklichen Durchdringung einer von ihnen als bedrohlich empfundenen Umwelt zu geben. Wenn die Gewerkschaftsjugend die organisierten Jugendlichen, die bisher nicht aktiv sind, einbeziehen und aktivieren will, muß das Schlagwort vom Ansetzen an den Erfahrungen und Interessen der Jugendlichen ernstgenommen werden. Gewerkschaftliche Jugendarbeit muß die Chance bieten, Erfahrungen bei der Durchsetzung von Interessen zu machen. Dies setzt voraus, daß innerhalb der Gewerkschaften für die Jugendarbeit eine gewisse Eigenständigkeit bestehen muß, deren Grenzen vorweg nicht immer starr fixierbar sein können.

Für eine attraktive Jugendarbeit muß der Handlungsraum größer sein, als er zur Zeit in vielen Fällen ist. Klare eigenständige Positionen als politischer Jugendverband sind notwendig, um Jugendlichen Möglichkeiten der Identifikation zu geben. Dies bedeutet nicht, die notwendige Integration der Gewerkschaftsjugend in die Gesamtorganisation in Frage zu stellen. Sie ist für die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaftsjugend in betrieblichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen unerlässlich. Handlungsmöglichkeiten liegen aber in den seltensten Fällen einfach bereit, quasi zum Abholen. Sie ergeben sich vor allem dann, wenn Jugendliche etwas unternehmen, ihre Interessen einbringen. Der Umfang dieser Möglichkeiten richtet sich einmal nach dem Druck und der Ausdauer, mit der die Jugendlichen ihre Interessen einbringen, zum anderen aber auch nach der Art und Weise, wie erwachsene Kolleginnen und Kollegen mit ihren Mitteln der Macht darauf reagieren.

Konkretes Beispiel: Eine gewerkschaftliche Jugendgruppe gründet sich und fängt an zu arbeiten. Nicht nur, daß die Jugendlichen einen eigenen Jugendraum wollen, nein, sie kritisieren auch noch gewerkschaftliche Praxis am Ort. Zwei Wege stehen zur Verfügung, mit dieser Situation umzugehen: Der mühsame Weg, neben all den anderen Konflikten in der gewerkschaftlichen Arbeit: den Jugendlichen, soweit es geht, entgegenzukommen und ihrem Potential an Aktivitäten Möglichkeiten zu geben, wirksam zu werden. Das heißt auch, die örtliche Politik zu vertreten und zur Diskussion zu stellen. Dies bedeutet nicht unbedingt weniger Konflikte, aber mittel- und langfristig vielleicht mehr aktive Kolleginnen und Kollegen. Der einfachere, „gründlichere“ Weg: Die unbequemen Jugendlichen werden diszipliniert, Sprüche wie: „Das ist so und bleibt so“, „davon habt ihr noch keine Ahnung“, „das wird so gemacht und Schluß jetzt“ helfen der Jugendarbeit nicht. Konsequenz ist, daß man in der Regel Ruhe hat, dies aber nachhaltig.

Niemand kann und sollte erwarten, daß gerade Jugendliche, die neu zur Gewerkschaftsjugend kommen, an geltende Beschlüsse einfach glauben. Das Zustandekommen und die Inhalte auch der kontroversen Positionen müssen erläutert und diskutiert werden. Nur so kann erreicht werden, daß Jugendliche den Entscheidungsprozeß verstehen und die Ergebnisse akzeptieren und vertreten.

Will man Jugendliche in die Arbeit einbeziehen, muß vermieden werden, daß der ganzheitliche Lebenszusammenhang von Betrieb, Schule, Wohnsituation, Eltern und Freizeit auseinandergerissen wird. Richtig ist und bleibt, daß der Betrieb die möglichen Erfahrungen in den anderen Bereichen weitgehend strukturiert und daß gewerkschaftliche Praxis im Betrieb durch Freizeitaktivitäten und öffentliche Aktionen zwar ergänzt, aber nicht ersetzt werden können.

Die Mehrheit der jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder und der in der Gewerkschaftsjugend Aktiven ist weder in der Alternativ- noch in der Aussteigerszene beheimatet. Und doch finden diese Bewegungen auch bei gewerkschaftlich interessierten Jugendlichen Beachtung. Die auch dort entwickelten Ansprüche auf Lebenslust, hierarchiefreien Umgang mit anderen Menschen, Vorwegnahme einer besseren Zukunft sind für viele Jugendliche auch ein Kriterium für die Entscheidung, ob sie aktiv in der Gewerkschaftsjugend mitarbeiten wollen oder nicht. Für die Gewerkschaftsjugend muß das heißen, daß es nicht ausreicht, sich allein für die materiellen Interessen der Jugendlichen einzusetzen. Es muß in Jugendgruppen vielmehr möglich sein, auch Hoffnungen, Ängste, Wünsche zu thematisieren, Entwürfe einer besseren Gesellschaft, von besseren Beziehungen der Menschen untereinander zu diskutieren.

Werden die unterschiedlichen Interessen der Jugendlichen ernstgenommen, so ist eine einheitliche Jugendarbeit von Konstanz bis Kiel dabei kaum möglich. Dies bezieht sich auf die konkrete Praxis, bedeutet aber nicht, daß die notwendigen gemeinsamen Zielsetzungen und Forderungen in Frage gestellt werden dürfen. Die

Jugendarbeit in einem Großbetrieb, in einer hochindustrialisierten Region wie dem Ruhrgebiet oder dem Rhein-Main-Gebiet muß notwendigerweise anders angelegt sein als die Jugendarbeit in strukturschwachen ländlichen Gebieten. Wird dies ignoriert, so wird damit der Anspruch aufgegeben, Jugendarbeit zu machen, die sich an den besonderen Lebensbedingungen und an den Bedürfnissen und Interessen der Jugendlichen orientiert.

Notwendig ist hierfür ein Beschlußrahmen für gewerkschaftliche Jugendarbeit, der sowohl für die Betriebsjugendgruppen in Großbetrieben als auch für die Jugendgruppen auf dem Land, die sich für die Einrichtung eines Jugendzentrums einsetzt, ausreichend Spielraum läßt. So und nicht anders ist das kürzlich vom DGB-Bundesjugendausschuß und DGB-Bundesvorstand beschlossene Positionspapier zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit zu verstehen. Gemeinsam mit den Leitsätzen und Beschlüssen des DGB-Bundeskongresses ist es Grundlage für die gewerkschaftliche Jugendarbeit. Dieses Positionspapier beschreibt die Arbeitsfelder der Gewerkschaftsjugend, aber auch Rahmenbedingungen, die gegeben sein müssen, um den Jugendlichen Möglichkeiten der Beteiligung an der Willensbildung zu schaffen. Diese Rahmenbedingungen sind mit der Entscheidung des Bundesvorstandes von der Gesamtorganisation anerkannt und zugesagt worden. Dieses Positionspapier wird und darf Diskussionen über Ansatzpunkte und Weiterentwicklungen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit nicht beenden. Für den Bundesjugendausschuß und die dort notwendigen strategischen Diskussionen sind die gemeinsamen Einschätzungen des Positionspapiers eine gute Ausgangsposition. Dies garantiert natürlich keineswegs eine entsprechende Praxis am Ort. Hier kommt es entscheidend auf die Initiativen der Jugendlichen und die Reaktionen der erwachsenen Kolleginnen und Kollegen an.

Die Erfolge in den Auseinandersetzungen mit den Kapitalinteressen und deren Ursachen in der Gewerkschaftsjugend breit zur Diskussion zu stellen, ist eine wichtige Aufgabe der nächsten Zeit. Aktionen wie „nicht ducken - aufmucken“ zur Verbesserung der Ausbildungsqualität und der Arbeitsbedingungen können hier nur den Rahmen abstecken, in dem die betriebliche und überbetriebliche Arbeit am Ort sich je nach Stand der gegebenen Bedingungen weiterentwickeln muß.

Der zur Zeit laufende Versuch einer Bestandsaufnahme der gewerkschaftlichen Jugendarbeit wird Schwächen und Stärken offenlegen. Entscheidendes Ziel ist und bleibt, die Zahl der aktiven Kolleginnen und Kollegen zu vergrößern und den Jugendlichen nicht nur das *Gefühl* zu geben, in der Gewerkschaftsjugend „sei etwas los“, sei die Mitarbeit notwendig und sinnvoll: Es muß auch wirklich so sein.

Es gibt den viel strapazierten, deswegen aber keineswegs falschen Satz, daß gewerkschaftliche Jugendarbeit Spaß machen soll. Hierbei dürfen zumindest zwei Punkte nicht unbeachtet bleiben:

1. Was Spaß macht, entscheiden die Jugendlichen selbst.

2. Interessenvertretung ist auch dann notwendig, wenn sie mal keinen Spaß macht.

All das, was wir als Ziele vor uns haben und was trotz aller Schwierigkeiten Spaß machen soll, aber auch das, was durch einen langen Kampf erreicht wurde, ist jedoch Makulatur, wenn die Wahnsinnsformel „Frieden durch Abschreckung“ und noch mehr „Waffen für den Frieden“ nicht mehr aufgeht. Es gibt nichts wichtigeres als den Frieden und damit das Überleben, auch als Voraussetzung für gewerkschaftliche Jugendarbeit.